gpb da Liste 22

grüne partei bern
demokratische alternative

22.01.2
**Simone Machado Rebmann**
1969,
Juristin, Bern

22.02.1
**Joyce Bahner**
1959,
Musikerin,
Bern

22.03.9
**Regula Fischer**
1959,
Soziologin,
Bern

22.04.7
**Markus Birkenmeier**
1958, Bio-
Verteiler, Bern

22.05.5
**Jacob Brunner**
1984,
Informatiker,
Bern

22.06.3
**Thomas Näf**
1961,
Geschäftsführer,
Bern

22.07.1
**Jean-LucReichel**
1961,
Musiker,
Bolligen

22.08.0
**Tobias Reichel**
1982,
Sozialarbeiter,
Bern

22.09.8
**Daniel Schneider**
1955,
Musikpädagoge,
Bern

22.10.1
**Giovanni Anton Schumacher**
1961,
Galerist, Bern

22.11.0
**Luc Spori**
1954,
Schauspieler,
Bern

22.12.8
**Luzius Theiler**
1940,
Lic.rer.pol.,
Stadtrat, Bern

22.13.6
**Severin Vögeli**
1983,
Lehrer,
Bätterkinden

22.14.4
**Chris Zumbrunn**
1968,
Systemgestalter,
Mont Soleil

Die GPB-DA ist als Kantonalpartei Mitglied der Grünen Schweiz
www.gruene.ch

GRÜNE
Grüne Partei der Schweiz

**Spenden:**
Wir erreichen mit wenig Ressourcen viel. Dennoch sind wir auf Spenden angewiesen. Bitte vermerken ob „Mitgliederbeitrag" (mindestens Fr. 100.-) oder „Spende". Herzlichen Dank!
**PC 34-141699-5**
Sendet uns Eure Emailadresse. Wir nehmen Euch auf unsere Mailliste.
Immer das Neueste über unsere Aktivitäten: www.gpb-da.ch

www.facebook.com/GruenAlternative

@gpbda

**Wir sind am 18. Mai 2014 bei folgenden wichtigen Abstimmungen engagiert:**
Schweizerisch:
**NEIN** zu den unnötigen und teuren Kampfflugzeugen. www.stop-gripen.ch
**JA** zur Mindestlohninitiative. Faire Löhne für alle. www.mindestlohn-initiative.ch
Kantonal:
**JA** zu Mühleberg vom Netz. Schluss mit der Verzögerungstaktik der BKW. www.muehleberg-vom-netz.ch
Stadt Bern:
**NEIN** zum Tierparkreglement. Keine neuen Auslagerungen städtischer Aufgaben. www.gpb-da.ch

Grossratswahlen 30. März 2014

# Liste 22

grüne partei bern
demokratische alternative
www.gpb-da.ch

gpb da

## Natur schützen

Viererfeld bleibt grün – Bäume und Alleen werden geschützt – kein Belpmoosausbau

## Demokratie stärken

Mehr Transparenz – weniger Unterschriften – Volkswahl der Regionalkonferenz

## Armut verhindern

Existenzsichernde Einkommen – Erhalt von preisgünstigem Wohnraum – gerechte Verteilung statt Wachstumswahn

## Editorial

*Nicht selten werden wir gefragt: «Warum braucht es die GPB-DA, es gibt doch genug andere ähnliche Gruppen?» Wir antworten: Eine Partei braucht es, solange nicht andere Parteien die gleiche Arbeit leisten.*

*Es ist Zeit, dass die GPB-DA wieder in den Grossen Rat zurückkehrt. Während fast 20 Jahren, zwischen 1976 und 1994, hat die GPB-DA, damals als „Demokratische Alternative", im Rathaus Geschichte geschrieben, indem sie schon vor Aufdeckung der Finanzaffäre durch Rudolf Hafner immer wieder auf Missstände aufmerksam machte. Im Standardwerk „Geschichte des Kantons Bern seit 1798, Band 3, von Beat Junker* werden die Verdienste „der kleinen Gruppe der Demokratischen Alternative" hervorgehoben: Wir hätten immer wieder bei Verhandlungen über Budget oder Staatsrechnung Fragen gestellt, „doch wischte der Finanzdirektor sie mit der Bemerkung unter den Tisch, es sei dem Regierungsrat nicht zuzumuten, für einen Posten von 300'000 Franken sozusagen Striptease zu machen, und der Grosse Rat billigte diese Auffassung".*

*Ich erinnere mich noch gut an die gespenstische Krisensitzung am Montag, 27. August 1984 früh morgens, nach der Publikation der Hafner-Eingabe am Wochenende. Die heile Welt der Berner Obrigkeit stürzte zusammen, es war, als hätten die revolutionären Volksmassen das Rathaus umzingelt. Die Verunsicherung war so gross, dass ich, wie selbstverständlich, in die „Besondere Untersuchungskommission PUK" einberufen wurde. Nach dem Prinzip „das schönste am Regieren ist die Willkür" regierten die Patrizier und ihre Nachfahren den Kanton Bern lange in autokratisch-selbstgefälliger Weise. In den 90-iger Jahren erlebte der Kanton unter dem Druck der Finanzaffäre einen heilsamen Reformschub. Der verstorbene Jurist, Menschenrechtskämpfer und GPB-DA-Grossrat Daniele Jenni konnte in die neue Staatverfassung wichtige Sozialrechte und Grundrechtsanliegen einbringen, so etwa die schöne Formulierung in Art. 27 der Staatsverfassung:*

1. *Die Grundrechte müssen in der ganzen Rechtsordnung zur Geltung kommen.*
2. *Wer öffentliche Aufgaben wahrnimmt, ist an die Grundrechte gebunden und trägt zu ihrer Verwirklichung bei.*

*Leider ist der demokratische Aufbruch der 90-er Jahre inzwischen versandet. Im Rathaus redet man fast nur noch über Sparen (meist auf Kosten der wirtschaftlich und sozial Benachteiligten), ohne dass die wirklichen Geldverschwendungen abgestellt werden, hauptsächlich beim Bauen und bei den Steuergeschenken an die Reichen. Selbstgefälligkeit ist wieder salonfähig. Eine beleidigte Baudirektorin beschwert sich wegen eines kritischen Artikels im „Bund" über durchaus fragwürdige Bahnhofpläne mit Unterstützung des Regierungsrates beim Presserat (dem obersten Aufsichtsorgan über die Schweizer Medien). Der Zensurversuch misslingt zum Glück. Die Mitglieder des Regierungsrates (mit Ausnahme des Erziehungsdirektors!) bedienen sich mit Spesen wie weiland der damalige Polizeidirektor, der seinen noblen „Jaguar" auf Kosten des Staates reparieren liess. Die kantonale Regierung wehrt sich wo immer möglich gegen mehr Einsichts- und Mitbestimmungsrechte des Parlamentes, welche, wie früher, wieder als Störfaktoren betrachtet werden. Transparenz wird je nach momentaner Interessenlage von links oder von rechts – oder von beiden Seiten! – als lästig empfunden, wobei angebliche „Interessen des Staates" vorgeschoben werden.*

*Als Libertäre bekämpfen wir jede Konzentration von unkontrollierter Macht. Jede Macht hat die Tendenz, sich auf Kosten der Freiheit und der Rechte des Individuums auszubreiten. Dies gilt sowohl für wirtschaftliche Macht wie für staatliche Macht.*

*Im Berner Stadtrat hat die GPB-DA über Jahrzehnte bewiesen, was eine hartnäckige, kritische Oppositionspolitik auf längere Dauer bewirken kann. Es ist höchste Zeit, dass wir wieder im Grossen Rat vertreten sind.*

*Luzius Theiler*

** www.digibern.ch/GKB1789/index3t4.html#I9*

## Simone Machado Rebmann

An der Spitze der GPB-DA Liste kandidiert die Juristin Simone Machado Rebmann. Am 9. Juni letzten Jahres erzielte sie gegen den amtierenden Statthalter ohne Unterstützung einer grossen Partei 25 % der Stimmen. Als frühere Sennerin auf einer Alp im Berner Oberland ist sie mit den Problemen des ländlichen Raums vertraut, was im Grossen Rat, wo immer wieder ein künstlicher „Stadt-Land-Graben" zelebriert wird, sehr wichtig ist. Sie weiss aus eigener Erfahrung um die Dringlichkeit des Kulturlandschutzes und der Erhaltung der bäuerlichen Kleinbetriebe als Voraussetzungen für eine lokale Produktion gesunder Lebensmittel. Oder sollen die städtischen Gebiete ihr Essen über tausende von Kilometern herbeikarren lassen?

Als langjährige Geschäftsleiterin der „Demokratischen Juristinnen und Juristen Bern" sind Simone Machado Rebmann Schutz und Ausbau der Grundrechte besonders wichtig. Sie kennt die Konflikte zwischen unterschiedlichen Bedürfnissen und Nutzungsansprüchen im öffentlichen Raum und hat Ideen zu Lösungen. Z. B.:

- Grundrechte sind Minimalgarantien für die Einwohnerinnen und Einwohner, sie sind unteilbar und nicht verhandelbar. Sie schützen uns vor Machtmissbrauch und Behördenwillkür. Leben findet auch im öffentlichen Raum statt. Privatisierung des öffentlichen Raumes, Ausgangsverbote für Jugendliche, Wegweisungen und überhaupt Versammlungsverbote stellen das öffentliche Leben in Frage und verletzen Grundrechte.
- Die Stadt Bern ist der Treffpunkt einer grossen Region mit einem vielfältigen Kulturleben. Ein Ort, wo man abends bei geöffnetem Schlafzimmerfenster nicht nur Grillen zirpen hört. Die Berner Innenstadt dient seit Jahrhunderten auch als Ausgangsmeile. Beschränkungen der Beizenöffnungszeiten sind hier weder nötig noch angebracht.
- Im Kanton Bern leben Menschen aus vielen Nationen. Sie leisten beispielsweise auf unseren Baustellen und in unseren Spitälern grossen Einsatz. Der Kanton Bern braucht ein liberale Bewilligunspraxis zur Regelung des Aufenthaltes und Bürgerrechts. Härtefälle wie Sans-Papiers und deren Kinder müssen legalisiert werden.

www.djs-jds.ch
www.humanrights.ch
www.grundrechte.ch
www.sosf.ch

Simone Machado Rebmann

## Natur schützen

Die GPB-DA bekennt sich zu den Grundsätzen der „Décroissance“ und der Suffizienz. Wie viel ist genug? Geht es einfacher? Die Natur kann nur geschützt werden, wenn der Land-, Energie und Rohstoffverbrauch und damit Produktion wie Konsum auf ein verträgliches Mass begrenzt werden. Das Ziel ist weniger und einfacher zu bauen, Kulturland zu erhalten und wenn möglich Produkte aus der Region zu kaufen.

Viererfeld

### Viererfeld bleibt grün

Die GPB-DA hat 2004 zusammen mit der sehr aktiven Opposition im Länggass-Quartier das damalige Überbauungsprojekt bekämpft und in der Volksabstimmung eine Mehrheit gefunden. Die GPB-DA wendet sich auch gegen die neue Bauvorlage. „Verdichten“ heisst nicht, alle Lücken zwischen bebauten Gebieten aufzufüllen und damit die für die Lebensqualität der Menschen und Tiere und für das Klima wichtigen „grünen Lungen“ der Stadt zu zerstören.
Infolge des hohen Landpreises im Viererfeld ist der Bau von preisgünstigen Wohnungen von vornherein praktisch ausgeschlossen. Wohnraum im mittleren und oberen Preissegment hat Bern genug, allein auf „Immoscout 24“ sind im 15 km-Umkreis von Bern über 1‘100 Wohnungen zum Mieten und 500 zum Kauf ausgeschrieben.

Allee Ostermundigenstrasse

### Alleen im Nordquartier erhalten

Mit dem “Tram Region Bern“ müssten fast alle Alleen im Nordquartier „verschoben“, d. h. umgeholzt werden. Zudem würden die schon heute engen Innerstadtachsen mit noch mehr Verkehr belastet. In der sogenannten „Mitwirkung“ wurden die kritischen Stimmen zu wenig ernst genommen Die GPB-DA wehrt sich gegen ein „Tram Region Bern“-Projekt mit solch zerstörerischen Auswirkungen.

### Allmenden verteidigen

Allmenden sind frei zugängliche öffentliche Gebiete. In der Geschichte der Schweiz spielen die Allmend-Genossenschaften eine grosse Rolle. In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Grosse und die Kleine Allmend durch Autobahn-, Sport- und Ausstellungsbauten sowie durch zum Teil illegale Parkplätze immer mehr reduziert und zweckentfremdet. Gegen einen klaren Beschluss des Stadtrates hat der Kanton im Richtplan Parkplätze auf der Kleinen Allmend diktiert. Auf Grund einer Baueinsprache der GPB-DA wird gegenwärtig abgeklärt, ob Kunstrasenfelder in einer gemäss Bauordnung für „stark durchgrünte Anlagen“ bestimmten Allmend-Freifläche überhaupt erlaubt sind. Mit „durchgrünt“ kann kaum grün eingefärbter Plastik gemein sein.

### Belpmoos nicht ausbauen

Mit einem erfolgreichen Referendum haben wir 1978 die städtischen Subventionen an den Flugplatz gestrichen. Gegen alle Versprechungen bei der letzten Pistenverlängerung („keine Kapazitätsausweitung, nur aus Sicherheitsgründen“) soll die Flughafeninfrastruktur im Rahmen einer „4. Ausbauetappe“ in nächster Zeit massiv erweitert werden.

Der Luftverkehr ist wegen seiner besonders massiven Einwirkungen auf das Klima und wegen des überproportional hohen Energieverbrauchs zu reduzieren, ebenso dessen Subventionierung.
*Verkehrspolitisches Leitbild des VCS*

### Gegen Verschandelung der Berggebiete

Für „Touristen“, die nach unzähligen Flugkilometern in einer Woche ganz Europa durchhetzen, soll eine Expressgondelbahn von Grindelwald ins UNESCO- Welterbe zum Eigergletscher gebaut werden. Mit der Annahme der Zweitwohnungsinitiative hat sich auch das Bernervolk klar gegen die weitere Verschandelung der Bergregionen gewendet. Stattdessen müssen mit der Erhaltung und dem Ausbau einer guten Infrastruktur (Schulen, Postautos etc.) die Grundlagen für einen nachhaltigen Tourismus gestärkt werden.
Auch die Zerstörung der Grimsel-Moorlandschaft als „Kompromiss“ für die Energiewende kommt für die GPB-DA nicht in Frage. Die Konzession ist nicht verträglich mit dem verfassungsmässigen Schutz von wertvollen Moorlandschaften, der seit der Annahme der Rothenthurm-Initiative 1987 gilt. Der Grimsel-Fall ist ein Präzedenzfall für den Erhalt der besonderen und unersetzlichen Naturräume. Käme die höhere Staumauer an der Grimsel, könnten auch in der übrigen Schweiz nach und nach Moore und Moorlandschaften verkleinert oder zerstört werden.

### By by Bypass!

Für 2 bis 2.5 Milliarden wollen Bund und Kanton einen Autobahn-Bypass von Bern-Wankdorf nach Muri bauen. Zum Glück fehlt das Geld beim Bund, vor 2030 könne der Tunnel nicht eröffnet werden. Dafür soll nun für 100 Millionen ein „Provisorium“ zur Kapazitätserhöhung der A 6 gebaut werden, indem man die für die Verkehrssicherheit wichtigen Pannenstreifen als Fahrspuren freigibt. Obwohl sich der VCS klar gegen solche Strassenausbauten wendet, liessen sich von einem PR-Büro leider auch prominente Grüne und Linke vor den Karren der Strassenlobby spannen. Umso wichtiger ist unser Widerstand!

Strassenbauten rufen – auf den neuen wie auf den vermeintlich entlasteten Abschnitten – zusätzliches Verkehrswachstum hervor, so dass sich der Verkehr in Ballungsgebieten und an Knotenpunkten bereits selbst lahmlegt.
*Verkehrspolitisches Leitbild des VCS*

www.decroissance-bern.ch
www.grimselverein.ch

## Demokratie stärken

### Open Government

„Wer informiert, kann nicht regieren“, sagten einst augenzwinkernd Berner Regierungsleute im Hinterzimmer nach einigen Gläsern. Als Folge der Finanzaffäre wurde 1993 das für damalige Verhältnisse fortschrittliches Berner Informationsgesetz verabschiedet . Aus heutiger Sicht hat das Gesetzt aus „vordigitalen Zeiten“ entscheidende Mängel (z.B. Informationen meist nur auf Nachfrage und schwammige Ausnahmen „im öffentlichen Interesse“). Die GPB-DA fordert ein Transparenzgesetz, das (selbstverständlich unter Berücksichtigung des Persönlichkeitsschutzes) die Bereitstellung aller wichtigen Daten im Internet garantiert, vor allem auch die Regierungsratsbeschlüsse, die Kommissionsprotokolle sowie die Liste der Arbeits- und Auftragsvergebungen. Ausnahmen müssen erwähnt und begründet werden. Ebenfalls sind alle Publikationen, Studien, Gutachten etc., die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden, inkl. der wissenschaftlichen Arbeiten an der Berner Uni öffentlich zugänglich zu machen (Open Science Data).
Das Internet ermöglicht ganz neue Formen der demokratischen Beteiligung. Es wäre z.B. sehr sinnvoll, die Daten und Unterlagen der Kommissionen schon vor den Sitzungen zu publizieren, damit alle Interessierten Vorschläge Anregungen und Kritik anbringen können. Diese neuen Beteiligungsmöglichkeiten würden allerdings zum Teil auf Kosten des Einflusses von Regierung und Verwaltung gehen und auch Ratsmitglieder würden Privilegien verlieren. Sie stossen deshalb auf Widerstand, doch in einigen Jahren wird „Open Data“ selbstverständlich sein.

### Demokratisierung der Regionalkonferenz

In der Regionalkonferenz Mittelland sind die Stadt Bern und 94 weitere Gemeinden mit insgesamt fast 400‘000 EinwohnerInnen vertreten. Hier werden für die Gemeinden wichtige Entscheide getroffen, etwa in der Raumplanung. Die Regionalkonferenz ist so undemokratisch wie die EU organisiert, ein Club der Gemeindeoberhäupter, wo z.B. der Berner Stadtpräsident allein 43 Stimmen hinträgt und sie nach seinem Gutdünken einsetzt, etwa für die Wachstums- und Baulobby-Kampagne „Boden gutmachen“, die möglichst alle Grünflächen zu Baugebieten einzonen will. Die GPB-DA fordert Demokratie auch in der Region – Volkswahl der Regionalkonferenz!

### Weniger Zentralismus!

In den vergangenen Jahren wurden im Kanton Bern immer mehr Entscheidungen von unten nach oben verlagert. „Effizienzsteigerung“ und „Kostenersparnis“ waren oft die Begründung. Abgesehen davon, dass das Gemeinwesen keine Firma ist, wo nur Geld und Rendite zählen, brachten etwa die Zusammenlegungen der Verwaltungskreise, des Gerichtswesens, der Ortspolizeien und der Spitäler statt Einsparungen nur höhere Kosten, dafür aber weniger Service für die Bevölkerung. Es ist deshalb an der Zeit, Aufgaben und Kompetenzen wieder an die Gemeinden zurückzugeben. Innerhalb der städtischen Gemeinden sollen möglichst viele Aufgaben auf Quartierebene gelöst werden. Die Bewegung in der Lorraine, unterstützt von der erfolgreichen GPB-DA-Motion gegen den geplanten Luxusbau am Centralweg und für gemeinschaftlich bestimmte Alternativen („Hier baut das Quartier“) ist ein gutes aktuelles Beispiel. Der Kanton muss die rechtlichen Voraussetzungen für eine echte Quartiermitbestimmung mit Finanzkompetenzen schaffen.

**Die selbstverwaltete Reitschule ist uns wichtig**
Die Reitschule ist nicht nur ein viel beachtetes und besuchtes Kulturzentrum, sondern auch ein Ort der politischen Diskussion und Auseinandersetzung. Die autonome Selbstverwaltung funktioniert seit 1987 und ist das grosse Ärgernis für alle, die z. B. an der Universität gelernt haben, so etwas könne gar nie funktionieren. Gesellschaftlich begründete Probleme werden an die Reitschule abgeschoben und dann der IKUR angelastet, als wenn es mit hierarchischen Organisationsformen, etwa im Bankenwesen, beim Militär oder der Polizei nie Probleme gäbe… Auf unsere Unterstützung kann die autonome Reitschule immer zählen.

### Abbau der Hürden für Initiativen und Referenden

Mit der neuen Kantonsverfassung, die im Übrigen, nicht zuletzt dank dem Wirken des verstorbenen GPB-DA-Grossrates Daniele Jenni, auch verschiedene positive Neuerungen bei den Grund- und Sozialrechten brachte, wurden leider die Unterschriftenzahlen für Initiativen und Referenden verdoppelt. Heute haben sogar grosse Parteien Mühe, die Unterschriften ohne bezahlte UnterschriftensammlerInnen zusammenzubringen. Damit die Volksrechte nicht nur zum Instrument finanzkräftiger Interessengruppen verkommen, müssen die Unterschriftenzahlen wieder auf das frühere Mass halbiert werden.

www.gruene.ch → Kampagnen → Netzpolitik
www.reitschule.ch
www.wemakeit.ch

## Armut verhindern

Thomas Näf, Leiter soziales Internetcafé Power-Point

Armut kann heute alle treffen. Betriebsschliessungen, „Restrukturierungen“, veraltete berufliche Qualifikationen, hohe Hürden beim Einstieg in das Berufsleben und Benachteiligungen bei der Arbeitssuche älterer Menschen führen zu Beschäftigungslosigkeit und später zu Abhängigkeit von der Sozialhilfe.

**Art. 29 der Kantonsverfassung**
1. Jede Person hat bei Notlagen Anspruch auf ein Obdach, auf die für ein menschenwürdiges Leben notwendigen Mittel und auf grundlegende medizinische Versorgung.
2. Jedes Kind hat Anspruch auf Schutz, Fürsorge und Betreuung sowie auf eine seinen Fähigkeiten entsprechende, unentgeltliche Schulbildung.

Der verfassungsmässige Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben wird immer mehr verletzt. Im Grossen Rat hat sich leider niemand grundsätzlich gegen den Abbau der Persönlichkeitsrechte im neuen Sozialhilfegesetz gewehrt. Zusammen mit dem KABBA und anderen sozialengagierten Organisationen hat die GPB-DA unter dem Motto „Datenschutz für alle“ das Referendum ergriffen, das leider wegen fehlender Unterstützung der grossen Parteien nicht zustande kam, aber immerhin beachtliche fast 8‘000 Unterschriften erreichte. Inzwischen hat das Bundesgericht die schlimmsten Bestimmungen des Gesetzes korrigiert und damit die Berechtigung des Referendums bestätigt.
Dafür hat das Kantonsparlament eine SVP-Motion angenommen, die eine 10%-ige Kürzung der Sozialhilfeleistungen verlangt, worauf die Regierung in voreilendem Gehorsam die wichtige Integrationszulage für Sozialhilfeberechtigte zusammenstrich.
Schon heute liegen die Sozialhilfeleistungen weit unter dem realen Existenzminimum. Ein weiterer Abbau würde die ohnehin schon prekäre Situation von Armutsbetroffenen weiter verschärfen. Schlechte Ernährung, Isolation, Mobilitätsbeschränkung, Krankheit oder gar Kriminalisierung sind die Folge.

### Für existenzsichernde Löhne

Im Kanton Bern verfügten, gemäss Sozialbericht 2012, 34,2 % der Menschen über 15 Jahren, welche auf Sozialhilfe angewiesen sind, über eine Vollzeitstelle. Wer Vollzeit arbeitet, soll so viel Lohn verdienen, dass sich damit leben lässt, ohne auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Existenzsichernde Löhne verhindern Armut.

### Für Ergänzungsleistungen an Familien am Rande des Existenzminimums

Ergänzungsleistungen für Familien können, zukünftige Armut verhindern und Familien eine würdige Existenz sichern: Sie existieren schon in den Kantonen TI, SO und VD.

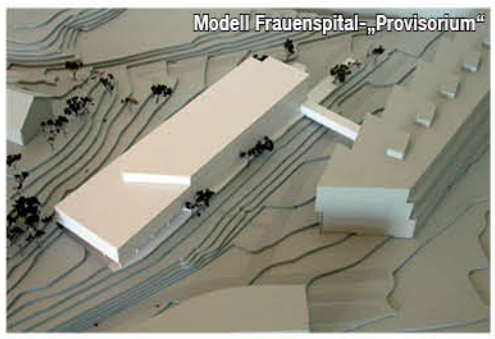
### Für Stipendien statt Sozialhilfe für Junge und Erwachsene

Ausbildungslosigkeit ist eine der Hauptursachen für langjährige und wiederholte Sozialhilfeabhängigkeit. Der Kanton Waadt fördert die Erstausbildungen intensiv mittels Stipendien und hat viel Erfolg.

www.kabba.ch

## Zu grosses Inselspital will sich in der Schutzzone ausbreiten

Für 40 Mio. soll ein „Provisorium“ für die 14 Monate dauernde Reparatur der Frauenspitalfassade gebaut werden. Weil der Bau in eine wichtige Schutzzone mitten im Inselspital-Komplex zu stehen kommt und gemäss Baueingabe auch „anderen Spitalnutzungen“ dienen soll, besteht die starke Vermutung, dass sich die „Insel“ unter dem Vorwand des „Provisoriums“ in der Bauverbotszone weiter ausdehnen will. Die GPB-DA hat deshalb kürzlich Baueinsprache ergriffen, was auf ein sehr positives Echo gestossen ist.


Modell Frauenspital-„Provisorium“

*Das Modellbild stammt aus den Baugesuchsunterlagen. Der Bau soll rechtswidrig in die Schutzzone gestellt werden, oben links auf der Modellfoto befindet sich der „Engländerhubel“ mit dem denkmalgeschützten „Herrenstock“*

### Die Vorgeschichte

Die GPB-DA hat sich Mitte der 90-er Jahre für die Erhaltung des alten, bei Gebärenden und Personal beliebten, Frauenspitals eingesetzt und aktiv das Referendum gegen den Neubau unterstützt. Leider ohne Erfolg.
Schon im Jahr der Eröffnung 2002 kamen an dem 125-Mio-Bauwerk 3600 Baumängel zum Vorschein. Trotzdem wurde das entscheidende Gutachten zur Statik so spät in Auftrag gegeben, dass es 2007 3 Monate nach Ablauf der Garantiefrist (!) herauskam. So müssen nun die Steuerzahlenden die Kosten für den Baupfusch, man schätzt gegen 20 Mio. Franken, bezahlen.

Das Intensivbehandlungs-, Notfall- und Operationszentrum (INO) des Inselspitals kostete trotz Redimensionierung und unfertigem Ausbau mit 263 Mio. 50 Mio. Franken mehr als vom Grossen Rat beschlossen. Moderne über 2.90 m hohe Rettungswagen können nicht hineinfahren, da der Eingang zu niedrig gebaut wurde… Da kann man nur hoffen, dass es beim nächsten Grossprojekt der Insel, dem Herzzentrum für 430 Mio. Franken, besser herauskommt.
Mit dem Projekt „Stärkung des Medizinalstandort Bern (SMSB)“ soll die Insel immer grösser werden, auf Kosten der nicht-universitären öffentlichen Stadtspitäler und der Landspitäler. Nach der Schliessung der Geburtsabteilung in Riggisberg wurde die Volksinitiative „Riggisberg ist überall“ lanciert, die mit gegen 30‘000 Unterschriften zustande gekommen ist.

www.riggisberg-ist-ueberall.ch